

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Parlamentswahl in unserem Nachbarland den Niederlanden war ein deutliches Votum für Europa. Das hat mich gefreut. Sie hat gezeigt, dass im Wahlkampf auch klar Position beziehen und Kante zeigen kann, um Extreme an den Rändern zu schwächen.

Vor sechzig Jahren wurde in Rom der Grundstein für Europa gelegt. Es war der Auftakt zur längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte, der getragen wurde von weitsichtigen Politikern wie Konrad Adenauer. Mit den Römischen Verträgen wurde ein gemeinsamer Markt geschaffen, in dem Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können – die Voraussetzung für Wohlstand und Stabilität für alle europäischen Bürger. Wir leben heute im größten Binnenmarkt der Welt in Sicherheit und Frieden und haben überwiegend einen der höchsten Lebensstandards der Welt. Auf diesen Jahrestag können wir als Europäer und Deutsche mit Stolz zurückblicken.

Gerade in einer Zeit, in der unser Zusammenhalt als Europäer besonders herausgefordert wird, ist es Aufgabe von CDU und CSU, für Europa einzutreten und zu kämpfen. In 60 Jahren ist eine Union gewachsen, die Wert auf friedliche Zusammenarbeit, Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Solidarität zwischen den europäischen Nationen und Völkern legt. Wir wollen nicht mehr, sondern in den entscheidenden Fragen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung, beim weltweiten Werben für Freihandel. Deutschland bleibt unsere Heimat, Europa unsere Zukunft.

Herzliche Grüße

Verantwortung übernehmen, Endlager finden

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland über die Endlagerfrage zum Teil erbittert gestritten. Nicht nur deshalb ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Energie- und Umweltpolitik die sichere, dauerhafte Endlagerung von hochradioaktiven Atomabfällen. Das Gesetz zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager ist auf diesem Weg ein entscheidender Schritt. Ausgehend vom Prinzip der weißen Landkarte soll auf Grundlage des Gesetzes bis 2031 ein Ort bestimmt werden, an dem die entsprechenden Abfälle dauerhaft eingelagert werden können. Zuvor hatten Politik, Experten und interessierte Bürger jahrelang über Auswahlkriterien und Verfahren debattiert. Nun werden Fachleute nach wissenschaftlichen Kriterien den besten Standort auswählen. Den Planungen zufolge soll der Bau des Endlagers 2050 abgeschlossen sein. Da die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf eingebracht haben, besteht die berechtigte Hoffnung, dass nunmehr der bereits über Jahrzehnte andauernde gesellschaftliche Konflikt gelöst werden kann.

In zweiter und dritter Lesung haben wir mit diesem Gesetz Regelungen zur Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle beschlossen. Auf Basis der Empfehlungen des Abschlussberichts der Endlagerkommission ermöglichen wir so ein vergleichendes Auswahlverfahren für einen Standort, der die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet. Hierzu formulieren wir die geologischen und planungswissenschaftlichen Auswahlkriterien sowie die einzelnen Verfahrensschritte für die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure.

Wahl in das Kuratorium des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung

Ende 2016 wurde bereits ein Gesetz verabschiedet, dass die Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung neu aufgestellt hat. Der Staat wird nun in diesem Bereich die volle Verantwortung überneh-

Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

24.03.2017

men, wofür er die zu diesem Zweck von den Energieunternehmen gebildeten Rückstellungen mit einem zusätzlichen Sicherheitsaufschlag – insgesamt 23,3 Milliarden Euro – übertragen bekommt. Diese Summe wird durch eine Stiftung verwaltet, die durch ein Kuratorium kontrolliert und beraten wird. Schon in der vergangenen Sitzungswoche wurde ich in das Kuratorium gewählt. Wir haben die höchst verantwortungsvolle Aufgabe, sicherzustellen, dass das Geld richtig verwaltet wird, damit der Ausstieg aus der Kernenergie sicher und solide finanziert werden kann.

Die Pkw-Maut kommt

Die Einführung der Pkw-Maut ist beschlossen. Am Freitag haben wir dem geänderten Gesetzentwurf zur Pkw-Maut zugestimmt und damit eine langjährige Forderung aus Baden-Württemberg durchgesetzt. Mit der damit möglich werdenden Einführung einer Infrastrukturabgabe für alle Nutzer deutscher Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen, gehen wir einen wesentlichen Schritt hin zu einer Neuordnung der Infrastrukturfinanzierung. Dieser eröffnet größere Unabhängigkeit von der Haushaltslage des Bundes und bietet mehr Planungssicherheit für die Finanzierung von dringend erforderlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen. Wir stellen damit sicher, dass nun alle Nutzer, inländische und ausländische, zu deren Erhalt beitragen, ohne dass deutsche Autofahrer schlechter gestellt werden.

Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen

Demografischer Wandel heißt: Wir bleiben auch im Alter immer gesünder und werden deshalb älter. Wie die demografiepolitische Bilanz zeigt, hat die Bundesregierung bereits ein breites Bündel von wirksamen Maßnahmen wie den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angestoßen, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Wir setzen zur Deckung des künftigen Fachkräftepotentials auf drei große Potentiale: Erstens sollen die inländischen Potentiale besser gehoben werden: Frauen

können besser arbeiten, wenn die Kinderbetreuung gesichert ist und Schulkinder auch nachmittags unterrichtet und ordentlich versorgt sind. Wir wollen zudem, dass auch mehr ältere Arbeitnehmer weiterhin einer Beschäftigung nachgehen. Schließlich wollen wir Schul-, Ausbildungs- oder Studienabbrechern helfen und berufliche Orientierung bieten, denn sie sind jung genug, noch den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. Zweitens setzen wir auf das innereuropäische Potential: Wir sind ein großer europäischer Arbeitsmarkt, Unionsbürger aus 27 anderen Mitgliedstaaten können in Deutschland arbeiten. Drittens setzen wir auch auf qualifizierte Zuwanderung aus anderen Staaten nach dem Motto „Einwanderung in den Arbeitsplatz, nicht auf das Arbeitsamt.“

Für mehr Sicherheit im zivilen Flugverkehr

Durch die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Verwendung von Fluggastdatensätzen verbessern wir die Handlungsmittel zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität. In erster Lesung beraten wir dieses Gesetz, das einen wichtigen Beitrag zu mehr innerer Sicherheit darstellt. Hierzu sollen künftig Fluggastdaten durch Luftfahrtunternehmen verpflichtend für Flüge zwischen einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und einem Drittstaat sowie zwischen zwei Mitgliedstaaten übermittelt werden. Darüber hinaus werden auch Datenübermittlungen durch andere Wirtschaftsteilnehmer einbezogen, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit Reisen erbringen. Damit schließen wir Sicherheitslücken im zivilen Flugverkehr.

Kurz notiert ! Kurz notiert ! Kurz notiert !**Thomas Bareiß MdB empfängt Auszubildende des Zollernalbkrankenhauses Albstadt im Deutschen Bundestag**

Am Dienstag in dieser Woche besuchten die Auszubildenden des Zollernalbkrankenhauses Thomas Bareiß im Deutschen Bundestag in Berlin. Im Reichstagsgebäude empfing Thomas Bareiß die Gruppe und die angehenden Krankenschwestern aus Albstadt stellten viele Fragen zur aktuellen Politik. Durch die ein oder andere persönliche Frage konnten Einblicke in das Leben und den Alltag eines Abgeordneten gewonnen werden. Für die Auszubildenden gehörte ein Besuch bei Ihrem Wahlkreisabgeordneten Thomas Bareiß während Ihres einwöchigen Besuches der Bundeshauptstadt selbstverständlich dazu.

Bundestagsgebäude wird an prominenter Stelle nach Matthias Erzberger benannt

Vergangenen Donnerstag hat unser Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert verkündet, dass zwei Liegenschaften des Deutschen Bundestages nach zwei verdienten Parlamentariern benannt werden: Matthias Erzberger und Otto Wels. Ersterer stammt aus unserem Bezirk, genauer gesagt ist er 1875 in Buttenhausen geboren und war dann später für den „Wahlkreis Württemberg 16“ Abgeordneter. Der Zentrumspolitiker Erzberger hat als Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation den Waffenstillstand 1918 unterschrieben, der zur Beendigung des ersten Weltkriegs geführt hat. In den Jahren danach hat er als verantwortlicher Reichsminister der Finanzen eine große Steuerreform durchgeführt, die die Grundlage für unser heutiges

Lohnsteuersystems war. Seit er den Waffenstillstand von Compiègne unterschrieben hat, wurde er dafür stark angefeindet und fiel schließlich 1921 einem Mordanschlag zum Opfer. Die große Ehre, dass nun das Gebäude „Unter den Linden 71“ in „Matthias-Erzberger-Haus“ umbenannt wird, ist mehr als gerechtfertigt: wer sich für Frieden und Demokratie einsetzt und dafür mit dem Leben bezahlen muss, darf nicht vergessen werden.

Praktikant Marvin Stöcker bei Thomas Bareiß im Deutschen Bundestag

Seit bereits drei Wochen ist Marvin Stöcker bei mir im Berliner Büro Praktikant. Marvin Stöcker kommt aus Sigmaringendorf und studiert jetzt in Hohenheim Wirtschaftswissenschaften. Er ist JU-Mitglied und hat ein großes Interesse an Politik – deswegen freue ich mich sehr, dass er durch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an vielen interessanten Gesprächsrunden mit Spitzenpolitikern teilnehmen kann. Des Weiteren lernt er in seiner Zeit in meinem Abgeordnetenbüro die Abläufe einer Sitzungswoche kennen und unterstützt mich bei meiner Arbeit.



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

24.03.2017

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß und der CDU Stadtverband Sigmaringen laden Sie sehr herzlich ein zum



11. Starkbierfest

mit dem
meinungsstarken Spitzenpolitiker unserer Partei

Jens Spahn MdB

Parlamentarischer Staatssekretär und
Mitglied im CDU-Präsidium.

Sonntag, dem 09. April 2017, Beginn 12.00 Uhr,
in der Festhalle Sigmaringen-Laiz
(Einlass: 11.00 Uhr)




Termine (Auswahl)

Samstag, 09.30 Uhr	25. März 2017 CDU-Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017, Sindelfingen	Mittwoch, 09.30 Uhr	29. März 2017 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag, Berlin
14.00 Uhr	70. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg „Digitales Ländle“, Sindelfingen	13.00 Uhr	Vorstandssitzung Parlamentskreis Mittelstand, Berlin
		13.30 Uhr	Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland“ mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Deutschen Bundestag, Berlin
Montag, 11.00 Uhr	27. März 2017 114. Sitzung des Beirats bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn, Berlin	19.00 Uhr	Empfang durch Staatsminister Helge Braun MdB der CDU-Kreisvorstandsmitglieder und Ortsvorsitzenden aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen im Bundeskanzleramt, Berlin
16.00 Uhr	Vorstandssitzung CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin		
20.00 Uhr	CDU-Landesgruppensitzung Baden-Württemberg, Berlin		
Dienstag, 09.00 Uhr	28. März 2017 Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin		
15.00 Uhr	Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin		
18.00 Uhr	Jahresempfang Bund der Vertriebenen, Berlin		



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

24.03.2017

Donnerstag, 30. März 2017

Sitzung des Deutschen Bundestages

- 12.00 Uhr Gespräch mit der AG Umwelt zum Thema Offshore Windenergie
- 14.00 Uhr Empfang durch Finanzminister Wolfgang Schäuble MdB der CDU-Kreisvorstandsmitglieder und Ortsvorsitzenden aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
- 17.00 Uhr Empfang durch den Französischen Botschafter der CDU-Kreisvorstandsmitglieder und Ortsvorsitzenden aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen in der Französischen Botschaft, Berlin

Freitag, 31. März 2017

Sitzung des Deutschen Bundestages

- 10.00 Uhr Gespräch und Empfang der CDU-Kreisvorstandsmitglieder und Ortsvorsitzenden aus dem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen im Deutschen Bundestag

24. April – 28. April 2017

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Newsletter abbestellen:

Sollten Sie sich nicht mehr für das „Berlin Aktuell“ von Thomas Bareiß MdB interessieren, können Sie dieses unter der E-Mail-Adresse thomas.bareiss.ma04@bundestag.de abbestellen. Da Thomas Bareiß ein ständiges Interesse daran hat, Ihre Meinung zu erfahren, würde er gerne wissen, warum Sie das „Berlin Aktuell“ nicht mehr bekommen möchten. Er würde sich sehr freuen, wenn Sie ihm Ihren Abmeldegrund sowie sonstige Kritik und Hinweise senden würden.
Herzlichen Dank!